

Wirtschaft & Arbeit

Pflichtenheft:

- Wegfall der Flächentarifverträge; stattdessen Festlegung von Rahmenbedingungen für betriebliche Vereinbarungen bei Lohn und Arbeitszeit
- Entrümpelung von Mitbestimmungsregelungen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen; Rücknahme der letzten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes (Thema: Betriebsräte im Mittelstand) oder zumindest Öffnungsklauseln für mittelständische Betriebe im Betriebsverfassungsgesetz; stattdessen alternative Instrumente der Mitbestimmung
- Beschränkung des Gewerkschaftseinflusses auf die Wirtschaft
- Kündigungsschutz nur für Betriebe mit über 20 Mitarbeitern
- Abschaffung von (aus der Sicht der zu Schützenden) kontra-produktiven Arbeitsschutzgesetzen
- Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit; Erleichterung von befristeten Arbeitsverhältnissen
- Rücknahme des Tariftreuegesetzes
- Als Test und wissenschaftlich begleitet: für über 50-jährige Arbeitslose und deren potenzielle Arbeitgeber absolute Vertrags- und Tariffreiheit bei der Einstellung (Voraussetzung: mind. 6 Monate arbeitslos, innerhalb der letzten 5 Jahre nicht bei diesem Arbeitgeber beschäftigt)
- Möglichkeit für Unternehmen, Arbeitslose während der Probezeit auch unter Tarif zu beschäftigen
- Für Arbeitslose: Gründung von Zeitarbeitsfirmen/Management-auf-Zeit-Firmen als Ich-AG/BGB-Gesellschaft, selbst organisiert
- Aussonderung von besonders qualifizierten Mitarbeitern aus der Sozialauswahl im Falle von betriebsbedingten Kündigungen
- Öffentliche Ausschreibung für alle arbeitsmarkt-politischen Programme
- Ausgabe von Qualifizierungsgutscheinen für Arbeitslose
- Abschaffung der 10 Landes-Arbeitsämter
- Funktion des Wirtschaftsministerium als „Marketing-Abteilung der Deutschland AG“
- Überführung der Bereiche Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht in das Wirtschaftsministerium
- Umorientierung in der Ost-Förderung in eine Förderung von strukturschwachen Gebieten (ob Ost oder West)
- Umfassende Förderung von Existenzgründungen
- Straffung der Genehmigungsverfahren für Betriebsgründungen und -änderungen
- Wegfall der IHK-Zwangsmitgliedschaft
- Wegfall des Schornsteinfeger-Monopols
- Wegfall des Brief-Monopols, Liberalisierung der Ortsnetze
- Deutliche Steigerung der Fördermittel für Forschung
- Streichung von Export-Subventionen
- Subventionsabbau für sterbende Technologien ; keine Nothilfe des Staates für Großkonzerne
- Symetrische Zoll-Sätze (wenn Land A 5% erhebt, dann zahlt A in D auch 5%)
- Abschaffung des Schornsteinfeger-Monopols von 1935
- Selbstverpflichtung der Wirtschaft, Bezüge und Abfindungen ihrer Vorstände und Aufsichtsräte an der Entwicklungen der Arbeitnehmer im eigenen Unternehmen zu orientieren
- Schaffung von mehr Transparenz und Sicherheit für Kapitalanleger; Einführung der persönlichen Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für vorsätzliche oder grob fahrlässige Falschinformationen
- Befreiung von Kleinbetrieben bis zu 20 Mitarbeitern von statistischen Auskunftspflichten; Reduzierung, Vereinfachung und Vereinheitlichung der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Berechnungs-, Aufzeichnungs- und Meldepflichten